

„Politik muss Farbe bekennen“

BEHÖRDEN Justizverein fragt nach Zukunft des Amtsgerichts in Wildeshausen

SPD-Landtagskandidat Brammer trat dem Verein bei. Die Verlagerung Richtung Hannover müsse gestoppt werden.

VON STEFAN IDEL

LANDKREIS – „Ich hatte mich schon darauf eingestellt“, sagte der SPD-Landtagskandidat Axel Brammer, als ihm beim Besuch des Justizvereins für den Landkreis Oldenburg gleich ein Mitgliedsantrag vorgelegt wurde. Die Zusage des 53-jährigen SPD-Unterbezirksvorsitzenden steht. „Ich habe meine Kontonummer im Kopf“, sagte Brammer, als ihm Vereinsvorsitzender Martin Delank den Stift reichte. Brammers CDU-Gegenkandidat Ansgar Focke sei noch nicht Mitglied des Vereins, obwohl er sich ebenfalls dafür einsetze, den Einzugsbereich des Amtsgerichts Wildeshausen zu vergrößern.

Der Justizverein lädt nach den Worten seines Vorsitzenden Delank im Vorfeld der Landtagswahl alle Kandidatinnen und Kandidaten ein, um zu erfragen, wie sie es mit der so genannten Einräumigkeit der Behörden halten. Zuletzt war der CDU-Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Bley (Garrel) zu Gast (die **NWZ** berichtete). „Es geht um die Interessen der Region; da müssen



Vor dem alten Amtsgericht an der Herrlichkeit (v.l.): die SPD-Politiker Renate Geuter, Axel Brammer, Schatzmeister Rolf-Lothar Kla-

wonn, Vereinsvorsitzender Martin Delank (dahinter) sowie Sigrig Vullriede, Florian Essmann und Götz Rohde aus dem Vorstand. BILD: IDEL

die Parteien Farbe bekennen“, sagte Delank. Brammer und die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter (Friesoythe) meinten, die Bürger müssten stärker für mögliche Veränderungen sensibilisiert werden. „Die Politik muss die Strukturen schaffen. Nur so können wir unseren Kreis erhalten“, betonte Brammer. Es sei gemeinsames Ziel, den Einzugsbereich des Amtsgerichts, das für Wildeshausen, Großenkneten, Dötlingen und Harpstedt zuständig ist, zu vergrößern. „Wir kämpfen für ein starkes Amtsgericht“,

27. JANUAR
2008



L A N D T A G S W A H L

sagte Geuter, die davor warnte, den Status des Kreises aufs Spiel zu setzen. Aus Sicht des Justizvereins sei es wünschenswert, das Gericht wäre für den gesamten Landkreis zuständig, erläuterte Delank. Der Prozess der Verlagerung aus der Region Richtung Hannover müsse gestoppt werden, zeigten sich die SPD-Politiker einig. Brammer: „Wir müssen auch mal etwas abbekommen.“ Nach Angaben von Vorstandsmitglied Sigrig Vullriede gehören dem Justizverein inzwischen 141 Mitglieder an, darunter seien nur 27 Juristen.